

Familie
Dr.Ing. Dipl.-Kfm. Massimo A. Casalegno
Frau Yasmine Casalegno (geb. El-Haouat)
Xxx-XXXXXXXXXXXXXXXX XX
XXXX Xxx
Tel. +XX-XX-XXXXXXX

An das für Asylanträge zuständige eidgenössische Ministerium
Eingereicht über die Stadtverwaltung Xxx

13. Mai 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich, Massimo A. Casalegno, geboren in Turin am 11.01.1961,

POLITISCHES ASYL IN DER EIDGENÖSSISCHEN KONFEDERATION

für meine Kinder

1. Franz Suihir Casalegno, geboren am 17.08.2007 in Agadir,
2. Veronika Haschar Casalegno, geboren am 30.05.2004 in Agadir

für meine Ehefrau

3. Yasmine Casalegno (geb. El Haouat), geboren am 01.01.1978 in Sidi Kacem

und für mich

4. Massimo Alessandro Casalegno, geboren am 11.01.1961 in Turin.

Ich, Unterzeichnender, versichere, dass ich wirtschaftlich unabhängig bin. Ich bin bei der Firma XXXXXXXX
XXXXXXX XX angestellt, mein Jahresgehalt als Leiter der Abteilung R&D Mikroelektronik reicht aus, um
mich, meine Kinder und meine Frau zu unterhalten. Ich bin in Besitz einer Aufenthaltsbewilligung.

Mein Antrag erfolgt aus folgendem Grund:

Meine Familie und ich wurden und werden aus politischen Zielen in Deutschland verfolgt. Das politische Ziel
liegt darin begründet, dass entgegen allen international geltenden ethischen Kriterien und den
elementarsten Grundrechten der Menschlichkeit, Kinder von nicht-deutschen Elternteilen oder von
deutschen Elternteilen mit ausländischem Hintergrund am Verlassen der Bundesrepublik Deutschland kraft
behördlicher arbiträrer Rechtsentscheidungen und Verwaltungsmassnahmen gehindert werden. Den Eltern
werden die Kinder mit List und/oder polizeilicher Macht entrissen. Kinder werden eingedeutscht und ihre
Identität nicht selten geändert.

Nachfolgend möchte ich mit einer kurzen allgemeinen sozio-politischen Analyse den helvetischen Behörden
verdeutlichen, warum die bundesdeutsche Regierung – erneut und wie zwischen 1935 bis 1945 – die
Menschenrechte massiv verletzt. Die Frage, ob unter solchen Umständen die Bundesrepublik Deutschland
als „sicherer Staat“ im Bezug auf der Wahrung der Menschenrechte eingestuft werden kann, ist somit zu
verneinen.

Im zweiten Teil möchte ich näher auf den Fall meiner eigener Familie eingehen um im Lichte meiner
persönlichen Erfahrung darzulegen, wie eine systematische Anwendung einer solchen
menschenrechtsverachtenden Politik, Existenz und Leben der Bürger im deutschen Bundesgebiet
gefährdet.

1. Innenpolitische und soziologische Lage.

Die Bundesrepublik hat ein erhebliches demographisches Problem. Es ist eigenverschuldet.

Die deutsche Regierung ist in ihrer Integrationspolitik kläglich gescheitert. Zum einen schlägt sie „Anpassung“ und „deutsche Leitkultur“ den Ausländern vor, anstatt ihnen Gespräche, modernes Weltdenken und pragmatische Lösungen anzubieten. Damit verursacht sie Integrationsprobleme systematisch. Zum anderen, wenn es ihr nicht gelingt, Ausländer und Andersdenkende zur bedingungslosen Anpassung zu zwingen, versucht sie, das Problem mit Geld vom Tisch zu kriegen, indem sie religiöse Ausübungsfreiheiten zu grosszügig erlaubt und sogar fördert, was natürlich prompt von Fundamentalisten ausgenutzt wird, um die eigene Indoktrinierungspolitik zu betreiben.

Ebenfalls in ihrer Immigrationspolitik ist die Bundesregierung kläglich gescheitert. Das Green Card Programm, das vom Kanzler Gerhard Schröder eingeführt wurde, hat nichts gebracht. Die wenigen hochqualifizierten Fachkräfte, die nach Deutschland eingewandert sind, sind nach kurzer Zeit wieder gegangen. Welche qualifizierte gebildete Fachkraft würde sich in einem Land wohlfühlen, in dem Einheimische alles besser wissen, über alles Recht haben, sie laufend diskriminieren und ihr keine Karrierechancen bieten? Es kommt hinzu, dass deutsche Fachkräfte, von der eigenen Landespolitik angewidert, vermehrt auswandern.

Die bundesdeutsche Regierung ist aber auch in ihrer Familienpolitik kläglich gescheitert. Sog. „reindeutsche“ Bürger wollen seit Langem keine Kinder mehr haben. Die Regierung hat über Jahrzehnte den Familien die milliarden schweren Steuerförderungen für Immobilien und Abschreibungen von Firmenwagen den Vorzug gegeben und somit die Voraussetzungen geschaffen, dass es auch für Deutsche, die Kinder haben wollen, sehr schwer geworden ist, diese zu erziehen: Das Schulsystem ist verwahrlost – siehe PISA-Studie – Kindergärten gibt es zu wenige, sie schliessen um 14 Uhr.

Die bundesdeutsche Regierung ist in ihrer Rentenpolitik am kläglichsten gescheitert. Sie hat, auch nachdem es schon lange klar war, dass ein Säulensystem nicht haltbar war, die Augen trotzdem verschlossen und nichts Wesentliches geändert. Sollte dieser Trend sich fortsetzen, wird schon in 2-3 Jahrzehnten das Rentensystem vor allen Dingen, aber auch die Staatsfinanzen der Bundesrepublik Deutschland, wie ein Kartenschloß zusammenfallen.

Aus diesen Gründen steckt die bundesdeutsche Regierung in einer Sackgasse, die bei ihr eine Art Panikreaktion hervorruft. Nach außen hin muß sie, wie aus guter alt deutscher Tradition bekannt ist, das Gesicht wahren, indem sie Selbstbeherrschung und Unfehlbarkeit zeigt. Innenpolitisch jedoch, hinter verschlossener Tür, greift sie gegen die eigenen Mitbürger zur Peitsche und deckt manche Wahrheiten mit gezielter Desinformation.

Somit geschieht konkret Folgendes:

- a) aus der vorhersehbaren demographischen Implosion, die zu einer Gefährdung der Altersrenten und somit des langfristigen Gleichgewichts im Staatshaushalt, führt,
- b) aus der Unfähigkeit, qualifizierte Einwanderer zu gewinnen und selbst die eigenen reindeutschen Bürger im eigenen Lande zu halten,
- c) aus der Unfähigkeit, mit Mentalitäten, die auch nur um ein Komma von deren eigener Denkweise abweichen, umzugehen und die daraus resultierenden Angst, überfremdet zu werden

hat die bundesdeutsche Regierung die nach ihrer eigenen Meinung optimale Lösung ausgearbeitet: Ausländern und deutschen Staatsangehörigen mit ausländischem Hintergrund erst um die Kinder, dann um das in Deutschland über Jahre erwirtschaftetes Vermögen zu erleichtern – und zwar in so einer Weise, dass es alles möglichst „legal“ erscheint. Diese Aufgabe obliegt hauptsächlich dem JUGENDAMT, das die Koordinierung mit den Familiengerichten, den übrigen Behörden und Juristen vorzunehmen hat.

Die Vorgehensweise ist stets dieselbe. Die Interaktionen der beteiligten Stellen (Jugendamt, Familienhilfe, e.V. - Vereine des Kinderschutzes, ...) wurde von mir und meiner Ehefrau **genauso** erlebt, wie vom **CEED** so treffend beschrieben:

[Zitat]

Zunächst muß ein Vorwand gefunden werden, um die Kinder und deren Eltern unter die Kontrolle des Jugendamts zu stellen. Dann läßt sich das Jugendamt – durch

ein einfaches Telefax an den Familienrichter - das Sorgerecht einseitig übertragen, ohne dass die Eltern in Rahmen einer ordentlichen Gerichtsverhandlung angehört wurden. Zum Schluß geht es dann nur noch darum, die Eltern durch rhetorisches Aufblasen nichtiger Geschehnisse - die von deutschen Behörden als 'Straftaten' umgedeutet werden - zu kriminalisieren. Aus der tiefen Angst, ihre eigenen Kinder nie mehr wiederzusehen, wenn sie sich nicht der ihnen auferlegten deutschen 'Rechtsordnung' bedingungslos unterwerfen, haben sie dann keine andere Wahl, als sich dem Willen des Jugendamtes zu fügen. Es handelt sich hierbei um pure Erpressung um die Elternliebe, eine Erpressung, die von deutscher offizieller Seite verniedlichend als 'Kinderschutz' benannt wird!

Das JUGENDAMT wird entsprechend der Anzahl der ihren biologischen Familien arbiträr entrissenen Kinder entlohnt. Kinder werden vom Amt wegen an regimetreue deutsche Pflegefamilien (Lehrer, Beamte, Richter, Anwälte, etc.) vergeben, nachdem sie sog. Clearing-Stellen (to clear = bereinigen) durchlaufen haben, wo sie mit Hilfe von Psycho-Medikamenten an das neue Leben an der Seite ihrer neuen 'reindeutschen' Eltern gewöhnen müssen und dabei ihre Herkunft, ihre (zweite) Sprache und ihre biologische Eltern vergessen sollen.

Diese braven Deutschen fragen weder über Herkunft noch über Verschleppungsgrund der ihnen anvertrauten Kinder. Ihnen geht einzig und alleine um die Maximierung des eigenen Profites und die Sicherung der eigenen Altersrente (ein 'deutsch-legal' gestohlenes Kind großzuziehen, gibt Anspruch auf zusätzliche Rentenversicherungspunkte).

Unzählige undurchsichtige Satelliten- e.V.- Vereine des sog. deutschen Kinderschutzes, Pflegefamilien und Heime, die alle eng mit dem JUGENDAMT zusammenarbeiten, teilen sich skandalös hohe Geldbeträge unter sich. Diese betragen bis zu 3.000 Euro pro Monat pro Kind, bzw. bis zu 6.000 Euro wenn Kinder in ein im Ausland (Spanien, Frankreich, Italien, Polen, etc.) befindliches deutsches Kinderlager verschleppt werden. Es geht um Kinderhandel auf Staatsebene und dies wird sogar auch noch inmitten der europäischen Union betrieben. Es handelt sich hierbei allem Anscheine nach um eine der größten Kinderhandelorganisationen der Welt.

Da heutige deutsche Beamte und Politiker immer noch die ehrlichen Leute sind, so wie wir sie seit ehe und je kennen, verlangen sie ohne Skrupel von den ausländischen biologischen Eltern das Geld, das von Amt wegen an die regimetreuen deutschen Pflegefamilien vorgestreckt wurde - zwar für Kinder, die ihre sind, die sie aber nie mehr wiedersehen werden. Diese Eltern zahlen, in der Hoffnung ihre Kinder wiederzusehen. Damit werden sie absichtlich über den Weg der Gehaltspfändung, später der Zwangsversteigerung, in die persönliche Insolvenz hineingedrängt. Ihre Liebe zu ihren Kindern wird von den deutschen Behörden somit skrupellos missbraucht, um ihnen das in Deutschland erwirtschaftete Vermögen mit deutsch-legalen Rechtsmitteln zu stehlen.

Doch, auch wenn nichtdeutsche Eltern der staatlich organisierten Heimverschleppung und 'Zwangsgermanisierung' ihrer Kinder zuvorkommen, indem sie sie in ihr Herkunfts- (oder ein anderes) Land bringen, gibt das JUGENDAMT auch noch nicht so schnell auf. Im Zuge eines Überraschungscoups nützt es die naive Gutgläubigkeit ausländischer Polizeikräfte aus.

Es lässt sich einen aufgrund einer konstruierten 'Kindes-gefährdung' (die wahre 'Gefährdung' aus der Sicht des JUGENDAMTES ist, dass die Kinder das Hoheitsgebiet der deutschen Gerichtbarkeit verlassen haben) vom Familienrichter einen Geheimbeschluss erlassen, mit dem es die ausländischen Polizeikräfte - Europol, Interpol, Sirene - auf die unschuldigen Eltern loshetzen lässt. Diese liefern die Minderjährigen an Deutschland aus, weil sie dabei ignorieren, dass sie von den deutschen Kollegen regelrecht betrogen wurden. Sind die Kinder einmal an Deutschland ausgeliefert, bleibt den ausländischen Eltern nur noch die Wahl zwischen Selbstmord und Depression. Ihre Kinder werden sie nie mehr sehen.

[Zitat-Ende]

Diese „Lösung“ stellt aus der historischen Perspektive keine Neuigkeit dar. Im Gegenteil, sie ähnelt in frappanter Art und Weise den Praktiken – wenn von der physischen Eliminierung abgesehen wird – die im Nationalsozialismus eine ähnliche „Legalisierung“ durch reichsdeutsche staatliche Stellen genossen: Raub des Vermögens jüdischer und ausländischer Mitbürger, Raub, Verschleppung und Zwangseindeutschung von Hunderttausenden von Kindern aus Osteuropa und anderen Ländern.

Diese Nazi Methoden werden heutzutage nach den glaubwürdigen Berichten des CEED, die sich mit meiner zwanzigjährigen Lebenserfahrung in Deutschland decken, alltäglich praktiziert, auch wenn die Bundesrepublik alles daran setzt um nach aussen hin, sich als Rechtsstaat zu profilieren.

2. Der gescheiterte Raub meiner Kinder durch das deutsche Jugendamt.

Mit meiner jetzigen Ehefrau und meinen beiden Kinder haben wir Marokko verlassen und uns in Deutschland für kurze etabliert. Ich wollte meine dortigen Immobilien verkaufen und meine Frau nach europäischem Recht heiraten, um eine vorherige Übertretung zum Islam, die in Marokko meinerseits gefordert gewesen wäre, zu vermeiden.

Kurz nach meiner Ankunft in Deutschland hatte ich schon meine jetzige Stelle bei der Firma Xxxxxxx Xxxxxxx hier in Xxxxxxx gefunden. Geplanter Anfang war der 1. April. Meine Frau und ich lebten in Duisburg für drei Monate, von Januar bis März dieses Jahres.

Am 9. Februar, nachdem unsere Tochter einfach zu viel Unheil angerichtet hatte, sahen wir keine andere Lösung mehr, als sie für einige Stunden als Erziehungs- und Sicherungsmassnahme im Badezimmer einzusperrern. Den damaligen Umständen entsprechend war es nach rationaler Überlegung durch meine Frau und mir gemeinsam einfach notwendig.

Ein Makler, dem ich die Schlüssel und den Auftrag gegeben hatte, meine Wohnungen zu verkaufen, schlich sich rein, sah unsere Tochter im Badezimmer und ging leise wieder weg, ohne dass wir ihn merkten. Er kam kurz darauf mit der Polizei wieder. Diese sagte nur lakonisch, wir sollten unser Kind „nicht zu lang“ eingesperrt lassen und ging wieder. Die Polizeibeamten sahen offensichtlich keine „Kindesgefährdung“.

Erst am 12. Februar rief mich die Mitarbeiterin Frau Wolf des Jugendamtes an und teilte mit, sie würde meine Tochter abholen und einer Pflegefamilie geben. Nach einem halben Jahr hätte man entschieden, ob sie zu uns wiederkommen würde oder nicht. Obwohl ich mit ihr einen Termin für den folgenden Tag um 16:30 vereinbart hatte, platzte sie mit ihrem Vorgesetzten Herrn Koths sofort ins Haus hinein. Ich hatte inzwischen mit einem befreundeten Anwalt, der mich mit dem CEED in Verbindung setzte, telefoniert. Sie erpressten mich und meine Frau, meine beiden Kinder von der Kripo abholen zu lassen, sollten wir nicht freiwillig kooperieren. Sie zwangen uns regelrecht, einen sog. Hilfeauftrag zu unterschreiben und Veronika in einem Heim des Jugendamtes unterzubringen.

Der CEED hatte mich inzwischen über die Systematik informiert, mit der das Jugendamt unter Ausnutzung nichtiger Ereignisse unter deutsch-legalen Deckmantel die Kinder, insbesondere die von ausländischen Eltern, stiehlt. Meine Frau und ich verliessen mit unserem Sohn Franz die Bundesrepublik Deutschland an demselben Abend. Meine Frau flog sofort zur Oma nach Marokko brachte unseren Sohn dort unter und kam nach zwei Tagen zurück.

Ich brachte die Aussagen des CEED, die ich zunächst als übertrieben empfand, mit meinen schlechten Erfahrungen mit deutschen Gerichten und Behörden in Zusammenhang und behielt die Ratschläge des Herrn Olivier Karrer vom CEED im Hinterkopf. Ich habe erst so getan (the benefit of the doubt), als würde ich das Jugendamt als eine Kinderschutzorganisation halten, die nur um das Wohl der Kinder bemüht ist. Ich nahm mir Zeit, um selber die Wahrheit entdecken. Ich stellte viele Fragen, redete mit vielen Leuten und versuchte, so viele Informationen wie möglich zu sammeln.

Zu meinem Erstaunen, und erst recht zum Erstaunen meiner Ehefrau, stellte es sich im Laufe der anderthalb Monaten wo unsere Tochter sich in den Händen des Jugendamts befand, allmählich heraus, dass **alles** was Herr Karrer uns vorausgesagt hatte, genau der Entwicklung des eigenen Falles entsprach.

I.

Uns wurde vom Jugendamt nie gefragt, warum wir unsere Tochter aus unserer Sicht eingesperrt hatten. Wir wurden auch nicht – so wie es in einer Familientherapie üblich wäre – nach unseren Problemen mit ihr

befragt. Es wurde uns einzig und alleine nahegelegt, wir seien unfähige Eltern und so was sollte man nicht tun. Wir waren diejenigen, die ständig die gute Begründung für unsere Maßnahme sowie die schwierige Vergangenheit und den schlechten Charakter unserer Tochter sowie die Geschehnisse jenes Tages freiwillig erläutert haben, um ihnen klarzumachen, warum wir so handeln mussten. Lediglich die kleinen Angestellten zeigten ein gesundes Verständnis für unsere Erzählungen. Diese kleinen Angestellten wollten gerne ihre Arbeit gut machen, beklagten sich aber nicht selten, sie würden vom Jugendamt daran gehindert. Der Leitung des Jugendamtes waren unsere Erzählungen egal.

Hinzu kommt die Tatsache, dass laut Berichten und Videoaufnahmen vom CEED das Jugendamt selber die Kinder in den eigenen Heimen manchmal mehrere Tage lang – in einigen Fällen Monate lang – einsperrt. Dass es also nicht um unser relativ kurzes und notwendiges Einsperren unserer Tochter ging, sondern vielmehr darum, uns mit diesem Vorwand zu kriminalisieren, ist dies schon Beweis genug.

Hier ist die Heuchelei des Jugendamtes klar, das vom „Familie als ein System“ und von „Hilfe“ spricht wogegen es in Realität nur ein kriminalistisch erwirktes Schuldgeständnis von uns suchte, um uns die Kinder wegzunehmen und uns anschliessend zur Kasse zu bitten.

II.

Solange das Jugendamt davon nichts wusste, dass wir unseren Sohn Franz nach Marokko gebracht hatten, hat es mit der von Herrn Olivier Karrer beschriebenen klassischen Methode angefangen: Es hat unserer Tochter Medikamente verabreicht, die das Langzeitgedächtnis löschen – sogenannte „Säfte zum Einschlafen“ – bis unsere Tochter eines Tages sogar Mühe hatte, uns wieder zu erkennen und ihre erste Sprache, den arabisch-marokkanischen Dialekt ihrer Mutter, fast vollständig vergessen hatte.

Hier wurde das zweite Ziel des Jugendamtes deutlich, nämlich, dass unsere Veronika ihre Wurzeln, ihre Eltern und ihre erste Sprache vergessen musste, um von uns auf längerfristiger Sicht getrennt zu werden.

III.

Als das Jugendamt erfuhr, dass wir unseren Sohn nach Marokko gebracht hatten, kam die Wende. Plötzlich durften wir alleine mit Veronika ganze Tage ausgehen. Es wurde uns in Aussicht gestellt, sie zurückzubekommen. Dies sollte jedoch nicht vor Ablauf der vier Wochen Frist, die wie wir bei ihrer Aufnahme schriftlich gefordert hatten, sondern erst nach sechs Wochen, stattfinden.

Hier wurde uns das zynische kommerzielle Ziel des Jugendamtes klar. Es spielte das eine Kind gegen das andere aus, so in etwa, als ob unsere Kinder nur Karten beim Poker-Spielen wären. Es wollte uns mit vorgetäuschter Vertrauensbildung dazu bewegen, Franz zurückbringen, um uns alsdann beide Kinder wegnehmen zu können.

IV.

Während unserer Spaziergänge und –Fahrten mit Veronika wurden wir mehrmals von Polizeiwagen beschattet.

Damit wird recht deutlich, dass es sich bei all diesen „begleitenden Massnahmen“ nicht so sehr um „Hilfe“ im Sinne des international verstandenen Kindeswohles handelt. Es geht vielmehr um unsere enge Bewachung, damit unsere Tochter in seine Reichweite blieb. Das Jugendamt hatte also – wie es übrigens dem allerersten Telefongespräch mit Frau Wolf zu entnehmen war – schon bevor sie mit ihrem Chef am 12. Februar 2008 zu uns kam, längst entschieden, sie uns für immer wegzunehmen.

V.

Als wir einmal mit unserer Tochter ausgingen, ging auch ein Junge mit uns aus, der in demselben Heim untergebracht worden war. Dieser in etwa zehnjährige Junge war offensichtlich trainiert worden, im Auftrage des Jugendamtes Fragen zu stellen, denn er bohrte ständig danach, um zu erfahren, wieviel ich verdiene.

Das Jugendamt hat als oberste Aufgabe Informationen gegen die Eltern zu sammeln und scheut sich nicht einmal davor zurück, Kinder zu diesem Zweck zu missbrauchen. Auch in diesem Punkt hatte Herr Karrer vom CEED Recht.

VI.

Wir wurden von der Polizei geladen, um uns zum Vorwurf der „Kindesmißhandlung“ zu äussern. Ich habe schon in anderen Fällen erfahren müssen, dass die deutsche Polizei nicht vertrauenswürdig ist. Deutsche Polizisten befragen zwar die Angeschuldigten, aber formulieren ihre Protokolle immer selber so, wie sie sie selber im Kopf haben und lassen die Angeschuldigten dann unterschreiben. Wir gingen also nicht zum Verhör. Als wir einen Anwalt beauftragten, die Gerichtsakte zu besorgen und uns diese zu zeigen, gab das Gericht dem Anwalt die Akte erst nicht, sondern behielt sie zurück.

Es ist hier also klar, dass das Jugendamt mit einer grundlosen Kriminalisierung uns zu Geständnissen zwingen wollte, bevor die vierwöchige Frist abgelaufen war. Zur gleichen Zeit verweigerte das Gericht die Herausgabe unserer Akte. Damit wollte es sich die Hintertür offen zu lassen, ggf. rückdatierte, Beschlüsse nachträglich in die Akte einzufügen – ganz in Übereinstimmung mit dem, was vom CEED in mehreren Fällen schon beobachtet wurde.

VII.

Bevor wir unsere Tochter wiederbekamen, mussten wir uns als sog. „begleitende Hilfsmassnahme“ eine „häusliche Familienhilfe“ vom Jugendamt vorschreiben lassen. Herr Karrer hatte uns über Aufgabe und Arbeitsweise einer solchen Dame aufgeklärt. Wir fragten, ob die Familienhelferin nicht am Nachmittag zwischen 13:00 und 17:00 Uhr kommen könnte, während meine Frau in der Schule war. Die Antwort war negativ. Die Familienhelferin konnte nur da sein, während meine Frau auch zu Hause war.

Aufgabe dieser Jugendamt-Abgesandte war nicht, uns zu helfen, sondern meine Ehefrau in eine weibliche Kumpanei gegen mich einzuwickeln, ihr Vertrauen zu gewinnen, um so viele Informationen wie möglich aus ihr herauszupressen – insbesondere über mein Einkommen. Auch dies bestätigte, dass das Jugendamt schon entschieden hatte, uns die Kinder wegzunehmen.

VIII.

Das Jugendamt betonte immer, es sei wichtig, dass unsere Tochter in den Kindergarten geht, wenn sie zu uns zurückkommt. Wir wiederholten dabei, dass wir einen Kindergarten brauchten, der bis um 17:00 Uhr auf hat, denn meine Frau hatte Schule von 13:00 bis 17:00 Uhr. Das Jugendamt hat uns in diesem für uns wichtigen Punkt – dem einzigen Punkt, wo wir wirklich freiwillig um Hilfe baten – gar nicht geholfen.

Als ich schließlich selber einen Kindergarten fand, der bis 17:00 Uhr auf hatte – eine richtige Seltenheit – und diesen dem Jugendamt mit der Bitte vorschlug, seine Genehmigung dafür zu erteilen – denn Kinder dürfen nur mit der Genehmigung des Jugendamtes aufgenommen werden – bekamen wir trotz wiederholter Erinnerungsschreiben nie eine Antwort.

Auch hier wird klar, wie das Jugendamt „Hilfe“ verstehen will, wenn Eltern vor einem Problem stehen. Ihm ging es nur darum, uns in Bedrängnis zu bringen, um nachträglich den Beweis erbringen zu können, wir seien „unfähige Eltern“, denen man zu Recht die Kinder weggenommen hat, ganz genau so, wie vom CEED vorhergesagt wurde.

IX.

Das Jugendamt wählte für unsere Familienhilfe den Verein Adler e.V. aus Essen aus, eine Organisation, dessen Direktor Herr El-Hmeidi Araber ist. Dies erfolgte mit dem Ziel, spätere eventuelle Vorwürfe einer rassistischen Diskriminierung zu entkräften. Wir lernten diesen Herrn zusammen mit einer seiner Mitarbeiterinnen beim Jugendamt Duisburg kennen. Frau Wolf vom Jugendamt schlug eine „Familienhilfe“ von 10 Stunden pro Woche für 5 Jahre vor. Meine Frau war entrüstet. Ich war aufgrund der Warnungen des Herrn Karrer vom CEED schon vorbereitet. Nichtsdestotrotz konnte ich vor Staunen über den schieren Ausmass des Aufwandes keine Worte finden: fünf Jahre!

Herr El-Hmeidi redete in Arabisch auf meine Frau ein, sie solle sich schon als glücklich einschätzen, dass sie ihre Tochter überhaupt zurückbekommt und deshalb auch das Angebot wohl annehmen müsste. Ich verstand, worum es beim Herr El-Hmeidi ging. Im Dienste der Deutschen wollte er – wie ja alle Beteiligten des staatlich-privaten „Jugendamt-Konzerns“ – Geld abzocken.

Hier wurde mir einer der widerlichsten Aspekte der deutschen Kinder-Mafia so sehr deutlich. Das Jugendamt und seine unzähligen nebulösen Satelliten-e.V.-Vereine des deutschen Kinderschutzes (besser

gesagt: Interessenschutz der deutschen Nation in Kindersachen) ist eine allmächtige, vollvernetzte Politorganisation, die mit Hilfe deutscher Juristen einen erheblichen Investitionsaufwand an Steuergeldern in die Entführung von Kindern betreibt, um sie in Deutschland zu behalten. Diese Investitionskosten werden von den „entsorgten“ Eltern über den Weg von Unterhaltszahlungen zurückgefordert, um diese den Eltern mit Psycho-, Kripo-Tricks und systematischer Gewalt aus der Tasche gezogenen Gelder unter eine Gruppe von Parasiten zu verteilen, die mit psychologischen und pädagogischen Fachworten um sich werfen aber keine einzige der Theorien, die sie in der Uni gelernt haben, je anwenden – und erst recht gar nicht zum Wohle der Kinder oder deren Eltern!

Herr El-Hmeidi war weniger an das Wohlbefinden unserer Tochter und ihrer Beziehung zu uns Eltern interessiert, als viel mehr an den Auftrag. Mit Aufträgen wird die Kasse seines e.V. gefüllt und aus dieser Kasse wird sein Salär und seine Prämie bezahlt. Da diese e.V. (eingetragene Vereine) keine Gewinne erwirtschaften dürfen, liegt es auf der Hand, dass Herr El-Hmeidi um so mehr Geld verdient, je mehr Aufträge er bekommt.

Ob auch die Beamten des Jugendamtes einen Teil der Gelder der e.V.-Vereine mittelbar oder unmittelbar erhalten, sei dahin gestellt. Ohne eine restlose Aufklärung der Finanzströme und der gekreuzten finanzwirtschaftlichen Interessen, die das Jugendamt, die freien Träger der Jugendhilfe und die zahlreichen Satelliten-Organisationen der steuerfrei arbeitenden e.V. des sog. deutschen Kindesschutzes untereinander binden, wird wohl niemand verstehen, warum in Deutschland so viele Anwälte, psychologische Gutachter, Stadträte, Pflegefamilien und noch so viele anderen an jedem einzelnen schwebenden Verfahren jedes einzelnen Kindes involviert sind.

Einen Vorgeschmack liefern die folgenden Fälle: Der Fall der Familie Haase, in dem ein Urteil des europäischen Gerichtshofes – Az. 11507/02 – die Bundesrepublik Deutschland zur Zahlung von 51.000 Euro Schadensersatz an die geschädigten Eltern verurteilt wurde, wobei dieses Urteil von der Bundesrepublik nie umgesetzt wurde, der Fall der Familie Görgülü, die trotz Urteiles des europäischen Gerichtshofes ihr gestohlenen Kind erst dann – nach 7 Jahren Leiden und 57 politisch motivierten Verfahren vor der lokalen Gerichtsbarkeit – zurückbekamen, als der Minister-Präsident Erdogan zu Besuch in Deutschland war und die deutsche Integrationspolitik als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnete, der Fall Petra Heller, der den Beweis erbrachte, dass Gutachter nur das in ihre Berichten hereinschrieben, was das Jugendamt sich erhofft, damit sie weitere Aufträge erhalten. Viele weitere Fälle sind in der Web Site des CEED www.ceed-europa.eu und in vielen anderen Web Sites zu finden.

X.

Bevor wir unsere Tochter abholen durften, mussten wir an einer sogenannten „Familienkonferenz“, einer Besprechung im großen Stil, teilnehmen. Bei dieser Besprechung in den Räumen des Jugendamts, an der nicht weniger als acht Personen teilnahmen, waren U.a. Frau Wolf und ihre Praktikantin, eine Mitarbeiterin des Heimes, zwei Mitarbeiterinnen der Adler e.V. und die Erziehungsleiterin des Heimes anwesend. Alle beimühten sich erneut, mich und meine Ehefrau noch einmal darauf hingewiesen, welche unfähige Eltern wir seien und dass wir dringend auf eine „häusliche Hilfe“ seitens des Jugendamtes angewiesen wären.

Daraufhin wurden wir noch einmal im Rahmen einer „rechtszivilen Anhörung“ befragt, weswegen unser Baby Franz in Marokko sei. Wir antworteten, dass wir ihn wieder nach Deutschland zurückholen würden, sobald das Jugendamt uns den Nachweis geliefert habe, unsere Tochter so gut umerzogen zu haben, dass sie zu Hause kein Unheil mehr anrichtet und den kleinen Bruder Franz nicht mehr terrorisiert.

Dann kam erwartungsgemäss die Frage, wie wir Franz holen wollten. Meine Frau sagte, sie würde mit Veronika eine Woche Urlaub in Marokko verbringen und dann mit beiden Kindern zurückkommen. Es herrschte eine Schweigepause, wobei die Mitarbeiterin des Jugendamtes knallrot im Gesicht wurde.

XI.

Meine Frau und ich verliessen am 5. April die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit unserer Tochter Veronika. Unsere drei Einschreibebriefe, mit denen wir unseren Sohn Franz zum 13. Februar 2008 und unsere Tochter Veronika, sowie uns beide Eltern zum 6. April 2008 abmeldeten, blieben unbeantwortet.

Dabei kann nicht verkannt werden, dass das Einwohnermeldeamt der Stadt Duisburg, indem es uns die behördliche Abmeldung absichtlich verweigert, die rechtliche Zuständigkeit für unsere beiden Kinder beim Jugendamt belassen will. Die Leiterin des Einwohnermeldeamtes, Frau Ingrid Sluyter, wird uns wahrscheinlich erst dann abmelden, nachdem ihre Jugendamt-Kollegen es ihr erlauben (s.u.).

XII.

Nach unserer endgültigen Auswanderung aus Deutschland schrieb ich eine Stellungnahme an das Jugendamt und das Familiengericht. Ich liess sie von einem befreundeten Anwalt in Rente, Herr RA (a.D.) Claus Plantiko korrigieren und an einen seinen Kollegen RA Böhm weiterleiten. Herr RA Böhm hatte sich mittlerweile unsere Gerichtsakte besorgt und mit den Behörden offensichtlich telefoniert. Anstatt unser Schreiben abzuschicken oder ihn zu bearbeiten, hat er in unserem Namen, auftragsfremd sowie unwarheitsverfolgend mit den lokalen Behörden und dem Familiengericht kollaborierend genau das falsche „Geständnis“ geliefert, das sie von uns vergeblich mit behördlichem Druck herauszupressen versucht hatten: wir hätten als Eltern „rabiat“ gehandelt und uns nicht rational verhalten. Diese falsche Behauptung des Rechtsanwaltes, die Deutsche so gerne als rechtlich bindend angesehen hätten, haben wir sofort beim Gericht gerügt und schriftlich richtig gestellt.

Damit hat sich auch die letzte Vorhersage des Herrn Karrer bewahrheitet. Deutsche Anwälte sind weder der Wahrheit noch der Gerechtigkeit, sondern nur der Wahrung der „verfassungsmässigen Ordnung“, mit anderen Worten der Wahrung der Interessen der deutschen Nation, verpflichtet. Sie kooperieren deshalb passiv mit dem Jugendamt gegen ihre eigenen ausländischen Mandanten, denn genau so wie die Jugendamtsmitarbeiter sind auch sie nach deutscher anwaltlicher „Ordnung“ Teil des deutschen Justizsystems. Ein deutscher Rechtsanwalt kann sich nicht leisten, sich den Lokalpolitikern und dem Jugendamts zu widersetzen, sonst verliert er auf Kurz oder Lang seine Anwaltslizenz.

XIII.

Weil Herr Karrer vom CEED in allen Punkten Recht behielt, als er von zahlreichen anderen Fällen berichtete, die sich in ähnlicher Weise abgespielt hatten, so war es auch zu erwarten, dass die weiteren von ihm vorhergesagten Folgen eintreten würden. Und so kam es auch, als mich von einem Bekannten im Ausland die Auskunft erreichte, meine Ehefrau sei von den deutschen Behörden, ohne triftigen Grund, ohne dass ein Verschulden sie träfe und ohne irgend eine vorherige Verhandlung vor einem Gericht, im Interpol-Register als „Kriminelle“ ausgeschrieben worden. Dabei ist es nicht auszuschliessen, dass unsere ganze Familie nun als „kriminell“ Familie im Interpol eingetragen sei. Wäre ich nicht rechtzeitig gewarnt und wären meine Kinder nach Deutschland zurückgeführt worden, hätte das deutsche Familiengericht die vom Jugendamt vorgefertigte Begründung für ein bereits geschriebenes Urteil parat gehabt:

„ ... die Kinder wurden schon einmal von den Eltern entführt und konnten nur mit Hilfe der ausländischen Behörden nach Deutschland zurückgebracht werden. Da nicht garantiert werden kann, dass die Eltern ihre Kinder nicht erneut ins Ausland verbringen, ist den Eltern Casalegno das Sorgerecht abzuerkennen und dem Jugendamt der Stadt Duisburg zu übertragen. Dies entspricht dem Kindeswohl am besten ...“

Hier kann nicht verkannt werden, dass die deutsche Regierung sich des einfachen Missbrauchs der Gutgläubigkeit ihrer ausländischen Kollegen nicht begnügt. Sie bedient sich vielmehr deren ausländischer Polizeikräfte als Erfüllungsgehilfen, um deutsche Kinderklaupolitik bis ins Ausland auszutragen, wobei die ausländischen Kollegen aus Unwissenheit die bisher fehlende Begründung zur Rechtfertigung der menschenverachtenden Entscheidungen der deutschen Behörden gegen die Eltern gelten lassen.

Unsere Kinder dürfen niemals mehr in die Hände deutscher Behörden fallen, sonst würden sie selber im nebulösen Netz der Kinderheime und Pflegefamilien verschwinden, deren Namen geändert, deren Gedächtnisse mit Medikamenten gelöscht und die deutschen Behörden würden aus Rachelust eine Lawine von Gerichtsverfahren aller Art über uns ergehen lassen, deren einziger Finalität wäre, unsere Kinder in Deutschland zu behalten, jeglichen Kontakt zwischen uns und ihnen zu untersagen und unser Vermögen zu beschlagnahmen. Dies käme der Vernichtung unseres Familien- und Privatlebens gleich.

Deshalb haben wir Deutschland den Rücken für immer gekehrt.

Wir möchten uns niemals mehr mit den korrupten und rassistischen Behörden eines so korrupten Landes auseinandersetzen, wo Juristen, Politiker, Beamten und Kirchenhäupter den staatlich organisierten Kinderklau nicht als eine verwerfliche Handlung anprangern und bekämpfen, sondern ihn als deutsch-legale Rechtshandlung rechtfertigen, um wirtschaftspolitische Ziele einer Minderheit auf den Rücken von Kindern und zu Lasten von hart arbeitenden Familien auszutragen.

Ich schäme mich inzwischen, mich in Deutschland je eingebürgert haben zu lassen und möchte lieber staatenlos sein, als zu jenem Land zu gehören.

Um meine Kinder, meine Frau und mich selber vor der allmächtigen und unkontrollierbaren wirtschaftspolitischen Institution „deutschem Jugendamt“, deren Schädigungsbereitschaft bis ins Ausland reicht, zu schützen, sehe ich keine andere Möglichkeit, als Ihr Land, seine Regierung und seine Mitbürger höflich um ihre Unterstützung zu bitten.

Wir wollen kein Geld, keine Sozialhilfe, keine Leistungen. Wir wollen nur arbeiten, unser eigenes Geld selber verdienen, und dabei von den deutschen Behörden für immer in Ruhe gelassen zu werden.

Aus diesem einzigen Grund bitten wir Sie, uns politisches Asyl zu gewähren.

Wir bedanken uns im Voraus für ihre Unterstützung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

M. A. Casalegno und Y. El Haouat

PS:

Sollten Sie für die in diesem Schreiben gemachten Äusserungen Beweise verlangen, werden wir Ihnen diese selbstverständlich gerne liefern. Stellen Sie alle Fragen, die Sie möchten, wir haben nichts zu verbergen. Ganz im Gegenteil, wir freuen uns, den Skandal namens Jugendamt öffentlich anzuprangern.

Auf der Web Site des CEED (www.ceed-europa.eu) sind sehr zahlreiche Fälle sorgfältig dokumentiert. Man kann von diesen Fällen sehr viel lernen. Dennoch handelt es sich hierbei nur um die Spitze des Eisberges.

Kopie dieses Schreibens gehen an das CEED Europa sowie weitere europäische Instanzen zu deren Kenntnisnahme.

Anlagen:

- Heiratsurkunde
- Geburtsurkunden meiner Kinder